

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 spbn d

Inhalt

Dr. Norbert Wieczorek MdB
zum Ergebnis der Pariser
Währungskonferenz: Ideolo-
gische Kosmetik.

Seite 1

Gerd Wartenberg MdB zum
Inkrafttreten des ZEVIS-Ge-
setzes: Ein eklatanter Ver-
fassungsverstoß.

Seite 3

Buchbesprechung:

Franz H.U. Borkenhagen re-
zensiert „Sicher auf neuen
Wegen“, ein Sammelband
christdemokratischer Positio-
nen zur Sicherheitspolitik.

Seite 5

42. Jahrgang / 37

23. Februar 1987

Ideologische Kosmetik

Zum Ergebnis der Pariser Währungskonferenz

Von Dr. Norbert Wieczorek MdB

Wechselkursintervention ja, aber bitte keine Vereinbarung über das Verfahren. Wechselkursbestimmung ja, aber bitte keine Angaben über die Höhe. US-Haushaltsdefizite bekämpfen ja, aber bitte nicht sagen wie und wo. Konjunkturankurbelung in Japan und in der Bundesrepublik ja, aber bitte nicht durch geeignete Programme. Europäische Zusammenarbeit ja, aber bitte nur mit Maggie Thatcher und Chirac.

So etwa könnte die Zusammenfassung der Verhandlungen der G 5 oder der 6 minus 1 vom Wochenende lauten. Auf massiven amerikanischen Druck hin ist zwar endlich ein Treffen der Regierungen zustande gekommen, doch das Ergebnis ist mehr als mager und es bedarf keiner besonderen prognostischen Fähigkeiten, zu sehen, daß die weltweite währungs- und wirtschaftspolitische Unsicherheit nicht nur nicht beseitigt, sondern eher erhöht wurde.

Sicher mag der US-Dollar - weil er eh schon etwas unterbewertet ist - jetzt einige Zeit im Korridor von DM 1,70 bis DM 1,90 bleiben, aber Stabilität ist nicht erreicht. Ein Versprechen, den Kurs zu halten, ohne was zu sagen, wo und wie, ist eine Einladung dazu, bei den nächsten Meldungen über ungünstige Entwicklungen nicht nur die Fähigkeit und Bereitschaft der Zentralbanken, sondern auch ihre tatsächlichen Ziele bei und zu Interventionen zu erproben. Für die DM wird dies umso schwieriger als Bundesregierung/Bundesbank bisher schon die zur Abwehr amerikanischer Spielchen notwendige stärkere Einbettung in das EWS durch eine Fortentwicklung des EWS verhindert haben und sie zudem jetzt Italien und damit den Sprecher der anderen südeuropäischen Länder praktisch ausgeschlossen haben, obwohl Italiens Wirtschaft wahrscheinlich erfolgreicher arbeitet als die von Maggie Thatcher weitgehend ruinierte Industrie Englands.

Praktisch wird die Folge sein, daß die nächste Dollarspekulation gegen die DM wieder nicht durch das EWS gedämpft wird, sondern umgekehrt Spannungen in das EWS getragen werden. Das wird wohl

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

ermöglicht Umzugs-
mit erweitertem Rückläufer
Rechtung-Papier



kaum dem deutschen Außenhandel nutzen. An der Währungsfront heißt die Bewertung: gewogen und zu leicht befunden; Probleme vielleicht gesehen, dauerhafte Lösungen aber verschoben.

Statt dessen aber haben - mag man meinen - die Amerikaner aber immerhin versprochen, gegen den Protektionismus anzukämpfen. Die Frage ist nur, wer hat was versprochen. Finanzminister Baker ist sicher ein einflußreicher und anerkannter Politiker. Die Macht liegt in dieser Frage aber nur noch sehr bedingt bei Reagan und seiner Regierung, der Kongreß hingegen hat nichts versprochen.

Das gleiche gilt für den Abbau des US-Haushaltsdefizits. Da werden wohl bestenfalls die Schätzungen für die Haushaltsansätze gekürzt, aber das Defizit wird bleiben. Vor der Präsidentschafts-/Kongreßwahl 1988 ein ernsthaftes Handeln zu erwarten, ist einfach unrealistisch, denn die einzige seriöse Lösung über Steuererhöhungen wird keiner, der gewählt beziehungsweise wiedergewählt werden will, bereit sein zu gehen und der einzige, der sie anbieten könnte, der im Abgang befindliche Präsident selbst, lehnt jede Steuererhöhung ab, dabei haben seine Steuersenkungen das Desaster ja erst verursacht.

Damit ist auch der nächste Punkt der sogenannten Vereinbarungen angesprochen: Japan und die Bundesrepublik wollen zur Konjunkturankurbelung die Steuern senken - klingt gut, funktioniert aber leider schlecht. In Japan gibt es sicher noch einen großen, nicht befriedigten privaten Massenbedarf, nur wird a) nicht gesagt, ob denn die, die Kaufkraft brauchen, die Steuererleichterungen erhalten und ob b) die dann zudem auch noch ihr Spar-/Konsumverhalten schnell genug ändern, damit für die ungeduldrigen Amerikaner sichtbare Erfolge auftreten.

Bei uns ist das Bild da schon klarer: Entlastet werden soll, wer schon hat. Das wird zwar die Binnennachfrage und damit die Konjunktur wenig beflügeln, es öffnet aber neue Spielräume für private Auslandsanlagen - das amerikanische HH-Defizit soll ja auch weiter durch Kapitalimport gedacht werden - oder Börsenspielen. Reagan läßt schön grüßen. Der Spielraum für wirklich wirksame Beschäftigungsprogramme jedoch wird weiter eingeeengt, die Manövrierfähigkeit an der Schwelle zum Abschwung wird weiter gelähmt.

Bei so viel Kurzsichtigkeit verwundert es denn auch nicht, daß die Wetterzeichen an der Schuldenfront (Brasilien/Argentinien) erst gar nicht erwähnt werden. Warum sich auch mit dem Dringlichen beschäftigen, wenn man die grundsätzlichen Probleme nicht ernsthaft angeht und Konferenzkosmetik gefragt ist.

Das wäre alles nicht so schlimm, denn treffen kann man sich schnell - und weniger spektakulär - bald wieder. Aber eine große Chance ist vertan. Sinnvolle Ansätze, wie zum Beispiel Bakers Zielzonenkonzept sind erstmal wieder diskreditiert und die europäische Einheit ist desavouiert. Aus deutscher Sicht ein bißchen viel der Opfer für das Ziel, die ideologische Maske der Bundesregierung nicht zu beschädigen.

(-/23.2.1987/vo-he/rs)

* * *



ZEVIS – ein eklatanter Verfassungsverstoß

Das Bundesadressregister kommt durch die Hintertür

Von Gerd Wartenberg MdB

In diesen Tagen ist das im Dezember verabschiedete ZEVIS-Gesetz (Zentrales Verkehrsinformationssystem) in Kraft getreten. ZEVIS berührt den Zugriff des Staates auf individuelle Daten der Bürger in einem großen Umfang.

Der Zugriff auf individuelle Daten bei ZEVIS ist ungleich problematischer als in der Öffentlichkeit bekannt ist. Im Augenblick wird bezüglich des Datenschutzes fast nur über die Volkszählung gesprochen. Die Volkszählung jedoch ist, was den Datenschutz angeht, ausgesprochen harmlos. Die Reidentifizierung von individuellen Daten aus der Volkszählung, selbst wenn dieses technisch möglich wäre, ist völlig uninteressant, da man auf aktuelle Datenbestände, wie etwa bei ZEVIS, jederzeit zurückgreifen kann, wenn man Grunddaten über den Bürger wissen möchte. Bei ZEVIS handelt es sich um einen Teil des Paketes der sogenannten Sicherheitsgesetze, die schon im Frühjahr des vorigen Jahres von der Koalition in den Bundestag eingebracht worden sind.

Im Zusammenhang mit den sogenannten „Antiterror“-Gesetzen wurde ZEVIS im Dezember vorab verabschiedet.

Gegen ZEVIS müssen schwerwiegende Bedenken erhoben werden, die sich insbesondere auf die Nutzung des Registers im Wege der on-line-Personen-Anfrage, aber auch der on-line-Halter-Anfrage beziehen. Auf die Anfrage kann von den Anfrageberechtigten (Polizeien von Bund und Ländern und Dienste) im einstelligen Sekundenbereich ein Personaldatensatz erhalten werden, der dem Grundmeldedatensatz nach dem Melderecht entspricht.

Hier wird für einen großen Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland (circa 23 Millionen Einwohner) ein Ersatzbundesadressregister eingeführt.

Durch den hier erhältlichen Grunddatensatz ist quasi durch die Hintertür ein Personenkennzeichen eingeführt worden. Im Rahmen der langjährigen Beratungen des Melderechts in den 70er Jahren hat der Gesetzgeber aus wohlüberlegten Gründen sowohl die Einführung eines Personenkennzeichens für verfassungswidrig erklärt wie auch die Einführung eines Bundesadressenregisters aber auch von Landesadressregistern abgelehnt.

Durch ZEVIS wird der vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 15. Dezember 1983 postulierte Grundsatz der Zweckbindung durchbrochen, obwohl eine Erforderlichkeit dafür im überwiegenden Allgemeininteresse niemals schlüssig erbracht wurde. Das Bundesverfassungsgericht stellte fest: „Die Verwendung der Daten ist auf den gesetzlich bestimmten Zweck begrenzt. Schon angesichts der Gefahren der automatischen Datenverarbeitung ist ein - amtsilfefester - Schutz gegen Zweckentfremdung durch Weitergabe - und Verwertungsverbote erforderlich. Als weitere verfahrensrechtliche Schutzvorkehrungen sind Aufklärungs-, Auskunfts- und Löschungspflicht wesentlich.“

Gegen diesen Verfassungsgrundsatz wird bei diesem großen Register eklatant verstoßen. Dem dürfte für die Zukunft präjudizierende Wirkung zukommen.

Die Nutzung von ZEVIS ist in Paragraph 32 für die Polizei und die Nachrichtendienste weitgehend von der Nutzung zu Zwecken, die mit dem Verkehr zu tun haben, unabhängig.

Insoweit handelt es sich um ein polizeiliches Informationssystem.



Auch die sogenannte H-on-line-Anfrage ist hervorragend geeignet, heimliche Kontrollen der Polizei durchzuführen, ohne daß es zu einem direkten Kontakt mit dem betroffenen Bürger kommt. Die Polizei kann, dieses hat auch die sogenannte Aktion Gitternetz im Jahre 1983 in Rheinland-Pfalz gezeigt, eine großflächige Kontrolle durchführen und mit den Ergebnissen hervorragende Bewegungsbilder herstellen.

Gegenüber diesen technischen Möglichkeiten sind Rechtsgrundlagen für derartige Kontrollmaßnahmen allenfalls rudimentär vorhanden.

Insbesondere Befugnisse zur heimlichen Halterfeststellung gibt es nicht. Die Vorschriften der Strafprozeßordnung zur Errichtung von Kontrollstellen (Paragraph 111) beziehungsweise zur Identitätsfeststellung (Paragraph 163 b) knüpfen an das Vorliegen eines Tatverdachts an und gehen von einer offenen Vorgehensweise aus.

Auch im Bereich der Gefahrenabwehr ist es äußerst zweifelhaft, ob heimliche Beobachtungen gestattet sind. Ganz abgesehen davon, daß häufig die Voraussetzungen der polizeilichen Generalklausel nicht vorliegen dürften.

Diese eng begrenzten rechtlichen Befugnisse haben die Polizei in der Vergangenheit jedoch nicht gehindert, wesentlich weitergehende Kontrollmaßnahmen durchzuführen. Es ist äußerst bedenklich, der Polizei erheblich erweiterte technische Kontrollmöglichkeiten zu geben, ohne daß der Gesetzgeber zuvor eindeutig festgelegt hat, welches Ausmaß an Kontrollen er der Bevölkerung zuzumuten will.

Die Einführung der H-Anfrage im on-line-Zugriff auf das Kraftfahrt-Bundesamt muß daher von der Schaffung klarer Erhebungsbefugnisse für die Polizei (in der Strafprozeßordnung und in den Polizeigesetzen des Bundes und der Länder) abhängig gemacht werden.

Dasselbe Problem gilt für die Nutzung dieser Datei durch die Nachrichtendienste. Für den MAD und den BND liegen bisher gesetzliche Regelungen nicht vor. Die Rechtsgrundlage für den Verfassungsschutz bedarf der Novellierung.

Auch hier fehlt es an speziellen Vorschriften zur Erhebung, Verarbeitung und Übermittlung von Daten. Solange diese Rechtssätze nicht vorliegen, hängt die vorgesehene ZEVIS-Regelung „in der Luft“.

Die Existenz von ZEVIS und die daraus resultierenden Möglichkeiten, Datensätze über Bürger im on-line-Verfahren nach dem jeweils aktuellsten Stand abzufragen, lassen die emotionalisierte Diskussion um die Volkszählung fast operettenhaft erscheinen.

(-/23.2.1987/vo-ha/rs)



BUCHBESPRECHUNG

Nachdenkenswertes: Worte christlicher Demokraten zur Sicherheitspolitik

Gohl, Diethelm/Niesporek, Heinrich (Hrsg.): Sicher auf neuen Wegen. Mit Beiträgen von Franz Alt, Kurt Biedenkopf, Gustav Fehrenbach und anderen. Impulse für christlich-demokratische Friedenspolitik. Gohl-Verlag, Warendorf 1986; 253 S., 19,80 DM.

In einem kleinen, unscheinbaren, in tristem Grau gehaltenen Band werden - so der auch nicht unbedingt reizvolle Untertitel - christlich-demokratische Impulse für eine Friedenspolitik geboten. Erwarten den Leser regierungsamtliche Statements oder gar allzu bekannte Sprechblasen für eine einseitig anzulegende Wachsamkeit als Preis der Freiheit? Weit gefehlt!

In neunzehn kurz und zumeist prägnant gehaltenen Beiträgen werden eindeutige Positionen zu allgemeinen und auch speziellen sicherheitspolitischen Themen bezogen. Achtzehn der Autoren sind Mitglieder der CDU, und die meisten verbindet die Angehörigkeit zur Initiative „Christliche Demokraten für Schritte zur Abrüstung“. Diese Gemeinschaft wird zum Schluß des Buches kurz vorgestellt.

Der Themenbogen der Aufsätze reicht von moralischen und ethischen Erwägungen zur Sicherheitspolitik, Militärstrategie und nuklearen Abschreckungsdoktrin - Franz Alt bringt dazu seinen bereits an anderen Stellen geäußerten Standpunkt knapp auf die Formel, daß atomare Abrüstung keine Frage der Technik sei, sondern des Vertrauens. Vertrauen und Konsens seien aber notwendig, so Kurt Biedenkopf, wenn eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik glaubwürdig sein sollen. Fortgesetzt wird die Übersicht mit den Themen „Feindbild Sowjetunion“, „Von der Gefahrengemeinschaft zur Gemeinsamen Sicherheit“, „Schritte zur Abrüstung“ bis hin zu den wichtigen Aussagen zu „Im Atomkrieg ist ärztliche Hilfe nicht möglich“ und „Rüstungsexport in die ‚Dritte Welt‘ - eine Belastung christlich-demokratischer Friedenspolitik“.

Ausgang aller Überlegungen zu diesen komplexen Themen ist, so die Herausgeber, ein allgemeines Unbehagen, das sich „...in eine neue Furcht vor ‚den Waffen‘ und der ‚Großtechnik‘ schlechthin“ wandelt.

Aus diesem Dilemma herauszufinden, haben sich die Autoren vorgenommen. Selbstverständlich ist dabei nicht der große und lang gesuchte Ausweg gefunden, nicht immer der derzeit politisch praktikable Schritt aufgezeichnet. Aber es ist erkennbar und zweifelsfrei ermutigend, wenn man derart interessante und auch in der allgemeinen nicht CDU-gebundenen sicherheitspolitischen Diskussion vielleicht schon länger bekannte Stellungnahmen findet, wie die Aussage, daß die Bundesrepublik zwei außenpolitische Handlungsalternativen habe: eine „amerikanische“ Option, das heißt ein Nachvollziehen der amerikanischen Politik, und eine „europäische Option“, das heißt die Erlangung größerer Unabhängigkeit von den USA im westeuropäischen Rahmen, insbesondere gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien.

Thilo Neu kommt zu dieser Schlußfolgerung in seinem auch insgesamt sehr lesenswerten Aufsatz „Im Schatten des großen Verbündeten - Möglichkeiten und Grenzen einer von den Vereinigten Staaten unabhängigen Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland“. Diese Aufforderung wird ergänzt mit Gedanken zu „Wege zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung“, die nüchtern festhalten, daß begründete Kritik an beiden Supermächten nichts mit Äquidistanz oder Neutralismustendenzen zu tun habe. Gustav Fehrenbach schließlich konzentriert seine Ausführungen auf die Forderung nach internationalen Abrüstungsbemühungen. Nur so seien die sozialen Schäden, entstanden durch Rüstung, einzudämmen.

Den Herausgebern und den übrigen Verfassern ist es eindrucksvoll gelungen, die Fähigkeit, über den parteipolitischen Tellerrand sehen zu können, glaubhaft und überzeugend nachzuweisen. Sie ermuntern zum Dialog, um die sicherheitspolitischen Denk- und Handlungsprozesse gemeinsam zu aktivieren. Sie ermahnen darüber hinaus, nationale Sicherheitspolitik nicht auf die Funktion des unkritischen und unselbständigen Hinterherlaufens zu verkürzen. Es geht um die Definition und Durchsetzung der natürlichen europäischen und auch nationalen Sicherheitsinteressen im gleichberechtigten Einklang mit der westlichen Vormacht.

Letztlich bleibt zu hoffen, daß ein anerkennender Hinweis auf diesen Band an dieser Stelle nicht gleich zu einer brüsken Ablehnung der vorgestellten Positionen durch die Partei der Autoren führt, frei nach dem Motto: Was der politische Gegner lobt - und kommt es auch aus den eigenen Reihen -, kann gar nicht gut sein.

Ob so oder so, es bleibt eine sehr lesens- und nachdenkswerte und zum Dialog auffordernde Sammlung, der eine große Leserschaft in allen Parteien und selbstverständlich darüber hinaus zu wünschen ist.

Franz H.U. Borkenhagen

(-/23.2.1987/vo-he/rs)

* * *

